

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 65 (1985)  
**Heft:** 4

**Rubrik:** Blickpunkte

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 07.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# *Blickpunkte*

---

## **Von der Schwierigkeit, Reformen zu verwirklichen**

Man weiss es längst: Die Kehrseite unserer vielgepriesenen politischen Stabilität, die zugleich die verlässliche Basis für die Dynamik unserer Wirtschaft bildet, besteht unter anderem darin, dass tiefergreifende Reformen längerfristiger Art nur äusserst schwer zu realisieren sind. Zum pragmatischen Stil der Eidgenossen kommt ein Vielparteiensystem, dessen wichtigste Entscheidungsmethode der Kompromiss mit naturgemäß schmalem gemeinsamem Nenner und dem allgegenwärtigen Schlagschatten der Referendumsdemokratie ist. Die möglichst breite Abstützung politischer Sachentscheide wird darüber hinaus schon in der vorparlamentarischen Phase durch den Einsatz von politisch und verbandspolitisch repräsentativen Expertengremien und ein meist weitgefächertes Vernehmlassungsverfahren sichergestellt.

Eigentlich sollte man annehmen können, dass es unter solchen Umständen wenig Überraschungen in Urnengängen gebe. Doch gerade der letzte Abstimmungssonntag im März hat uns wieder einmal eines andern belehrt. Die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, in deren Zusammenhang drei Vorschläge zur Entscheidung standen, ist ein politisches Geschäft, das wahrhaftig erdauert worden ist. Die Vorarbeiten gehen in die sechziger Jahre zurück. Das Konzept, das schliesslich die Endphase in der zweiten Hälfte

der siebziger Jahre einleitete, war von Anfang an breit abgestützt. Insbesondere wurde immer darauf geachtet, dass es zu einem Konsens mit den kantonalen Regierungen kam, bevor die einzelnen Pakete der Bundesversammlung zugeleitet wurden. Dort kamen dann die verschiedenen Interessen nochmals stark zur Geltung. Was übrig blieb, war eine Vorlage, die ganz gewiss nicht revolutionär war. Im Vergleich zur ursprünglichen Zielvorgabe waren es im Gegenteil reine Minimalprogramme.

Das traf insbesondere auch auf das Teilstück zu, über das im März abzustimmen war. Zwei der drei Vorschläge hatten Bagatellsubventionen von insgesamt 2,7 Millionen Franken zum Gegenstand, mit denen vor allem auch ein unverhältnismässig grosser administrativer Aufwand verbunden war. Zur Überraschung der politischen Beobachter erhielten sie nur bescheidene Ja-Mehrheiten von 58,5 respektive 53 Prozent. Noch schlechter ging es der dritten Vorlage, welche Bundesbeiträge an Stipendien von insgesamt 70 Millionen Franken streichen wollte. Sie wurde abgelehnt, obwohl von Seiten der Behörden völlig unbestritten war, dass die Kantone sich der Pflicht zum entsprechenden Ausgleich nicht entziehen würden.

Der Vorfall lässt nur eine Erklärung zu: Eine grosse Zahl der Stimmenden urteilte rein punktuell. Bei den Stipendien war gar eine Mehrheit durch

den unbegründeten Globalverdacht ansprechbar, ein Wegfall der Bundesbeiträge hätte schwerwiegende negative Auswirkungen für das Ausbildungswesen zur Folge. Das eigentlich zur Diskussion stehende Problem einer klareren Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen durch eine bescheidene finanzielle Entflechtung in einzelnen Bereichen unserer vielfältig verfilzten bundesstaatlichen Verbundwirtschaft kam in der öffentlichen Diskussion gar nicht recht zum Tragen oder wurde nicht richtig begriffen.

Mit ins Bild gehört dabei allerdings auch, dass es gar nicht zu einer Abstimmungskampagne im eigentlichen Sinn kam. Die Parteien spürten offensichtlich zum voraus, dass mit Veranstaltungen zu dem Thema Aufgabenteilung kein Publikumserfolg zu erzielen sei. Es ist eine Art Circulus vitiosus im Spiel. Solche Grundsatz-

fragen haben wenig Widerhall, wenn sie stufenweise und in kleineren Einzelpaketen präsentiert werden, und riskieren damit, sozusagen aus Versehen falsch entschieden zu werden. Werden sie aber als grosse Gesamtkonzepte zur Abstimmung gebracht, so haben sie erst recht kaum eine Chance, weil sich dann normalerweise verschiedenartige Oppositionen in Einzelbereichen zu negativen Gesamt mehrheiten kumulieren.

Es ist nicht auszumachen, wie der «Teufelskreis» zu durchbrechen wäre. Vielfach macht sich denn auch Resignation breit. Um so wichtiger ist es, der laufenden Gesetzesarbeit noch grössere Beachtung zu schenken. Einmal eingeleitete Entwicklungen sind in unserem System schwer zu korrigieren, und zwar selbst dann, wenn sie später als Fehlentwicklungen erkannt werden.

*Richard Reich*

## Polens Preis-Dilemma

Preiserhöhungen waren es, die seinerzeit die Unrast, die sich in Polen aufgestaut hatte, zur Explosion brachten. Und Preiserhöhungen sind es auch heute wieder, die das Land nicht zur Ruhe kommen lassen, die als Ferment eines politischen Gärungsprozesses weiterwirken. Preise haben eben nicht nur einen ökonomischen Inhalt; sie lösen auch *soziale* Reaktionen aus. Und dies natürlich in erster Linie deshalb, weil Preise das reale Lebensniveau entscheidend mitbestimmen. Preisheraufsetzungen senken bei gleichbleibendem Einkommen den

Lebensstandard. Und wenn er schon ohnehin tief ist, wird der Explosionspunkt schneller erreicht als in einem Land, in dem sich ein gewisser Wohlstand hat entwickeln können. Diese Aussage gilt sowohl für den Osten wie für den Westen; Algerien ist nur ein Beispiel unter andern. Menschliche Verhaltensmuster sind nicht selten systemunabhängig.

Das Dilemma Polens wird nun darin sichtbar, dass der Staat über Jahre und Jahrzehnte hinweg aus Gründen fehlgeleiteter sozialer Prioritäten zahlreiche Konsumgüter zu nicht kosten-

deckenden Preisen angeboten, also *subventioniert* hat. Eine solche Politik kann eine gewisse Zeit durchgehalten werden; weise ist sie in den seltensten Fällen und überdies nur dann, wenn sie mit äusserster Zurückhaltung praktiziert wird. Normalerweise produziert sie nämlich eine selbstzerstörende Tendenz; sie baut die Grundlagen, auf die sie sich stützt, selbst ab. Niemand hat ein besonders hohes Interesse daran, Güter zu Preisen anzubieten, die unter dem Niveau der Produktionskosten liegen. Das kann sich nur der Staat leisten. Private müssten relativ rasch die Waffen strecken. Deshalb fehlt es schon an den Produktions-incentives. Und auch der Staat ist in diesem Tun an Grenzen gebunden. Wenn das Budget die steigende Subventionslast nicht mehr zu tragen vermag, hat diese Form der Sozialpolitik ausgespielt. Die Stunde der Wahrheit lässt sich dann nicht mehr hinausschieben.

An diesem Punkt ist Polen längst

angekommen. Die Misswirtschaft im Namen einer höheren Planphilosophie hat das Land *verarmen* lassen. Auch der Staat leidet an finanzieller Atemnot. Er kann die Versprechen, unter denen er angetreten ist, nicht mehr einlösen. Und es gibt nur ein Fluchtweg aus diesem Dilemma: einen höchst unsentimentalen *Leistungsabbau*. Dieser Schritt ist unpopulär und unausweichlich zugleich. Die Konsumenten müssen zur Kasse gebeten werden. Nicht alle wirtschaftlichen Sachzwänge lassen sich eben mit dem Zauberstab der gesamtwirtschaftlichen Planung überspielen. Eine wirtschaftliche Gesundung beginnt auch im Osten zuerst einmal mit einer Stabilitätskrise, die sich u. a. in einem sinkenden Lebensstandard äussert. Der Leidensweg Polens ist noch nicht zu Ende. Und die roten Verheissungen, an die niemand mehr glaubt, einmal mehr ad calendas graecas verschoben.

*Willy Linder*

### «... dass wir alle Europäer sind»

Im Juni des vergangenen Jahres fand eine Tagung des «Bergedorfer Gesprächskreises» in Moskau statt, fünf Jahre nach einem vorwiegend deutsch-russischen Kolloquium des gleichen Kreises in Hamburg. Beide Male teilten sich ein Russe und ein Deutscher in die Leitung. Der Russe war diesmal Wadim Sagladin, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Die Asymmetrie solcher Gespräche besteht darin, dass es auf der einen

Seite verschiedene Meinungen gibt, auf der andern nur eine, ferner, dass die Deutschen, wenn sie Gastgeber sind, jeden sowjetischen Teilnehmer akzeptieren, während sich die andere Seite das Recht herausnimmt, westliche Teilnehmer, die ihnen nicht zusagen, auszuschalten. Doch das nimmt dem Für und Gegen nichts von seiner Deutlichkeit.

Das Protokoll der Moskauer Begegnung, das vor kurzem zugänglich gemacht wurde, ist instruktiv. Im Ein-

gangsreferat von Horst Teltschik vom Bundeskanzleramt in Bonn, wird darauf hingewiesen, dass Druck und Einmischungsversuche kontraproduktiv waren. Nach einer Umfrage in *Die Zeit* habe zwischen Oktober 1983 und April 1984 die Angst vor den Atomwaffen in der Bundesrepublik von 38 % auf 15 % und vor Kriegsgefahr von 28 % auf 14 % abgenommen.

Was Horst Teltschik dann von der «gemeinsamen Geschichte» sagte, wurde sowjetischerseits aufgenommen. Der Deutsche wies auf ein grosses Kulturerbe, eine reiche gemeinsame Geschichte. Sagadin, häufiger Gast bei westeuropäischen Kongressen der kommunistischen Parteien, entschuldigte sich für seine unparlamentarische Ausdrucksweise und sagte: «*Einen grösseren Blödsinn als das Märchen von der sowjetischen militärischen Bedrohung gibt es überhaupt nicht.*» Am 23. Dezember 1983 sei vom Obersten Sowjet verkündet worden, dass «*die Sowjetunion die Sicherheit keines einzigen Landes im Westen oder im Osten antastet*». Wenn es eine Gefahr gebe, so sei sie nach Europa importiert, ihm von aussen aufgezwungen worden. Diese Gefahr sei «*nicht europäischen Ursprungs*», sondern komme von den USA. Später kam Prof. Proktor vom sowjetischen Institut für Weltwirtschaft auf dieses Thema zurück. Das klang so: «*Wir sollten uns daran erinnern, dass wir alle Europäer sind, dass wir auch eine lange gemeinsame Geschichte haben, das was Herr Sagadin als das „europäische Haus“ bezeichnet hat. Dieses Haus wurde im Lauf von zweitausend Jahren gebaut. Ich möchte in keiner Weise Westeuropa gegen den „grossen Bruder“, also die USA, stellen, aber*

*ich muss doch sagen, dass Europa nicht Amerika ist, sowohl was die historischen Erfahrungen als auch was die Traditionen und die Weltanschauungen angeht.*»

Die Anspielung auf «1984» (Der grosse Bruder) beweist immerhin, dass George Orwells in der Sowjetunion nie erschienener Roman dort wie bei uns sprichwörtlich geworden ist; das mag als ein Stück gemeinsame Kultur gelten. Mit den «Weltanschauungen» wird aber das Einvernehmen unter Europäern eher zur Einvernahme. In der politischen Kultur in Theorie und Praxis sind sich West- und Mitteleuropa und Amerika geistig nahe. Das System, unter dem die Sowjetunion lebt, ist nur räumlich nahe, weltanschaulich jedoch fern. Gab es vielleicht einen Gegenkandidaten gegen den in zahlreichen Wahlkreisen aufgestellten, längst vom Tod gezeichneten Kandidaten Tschernenko?

Im zaristischen Russland hatten sich liberale «westliche» Ideen und Einrichtungen durchzusetzen begonnen – ein Parlament, Geschworenengerichte, eine relativ weite Pressefreiheit. Die Teile der Gesellschaft, die diese Entwicklung förderten, sind aber durch die Umstände des Weltkrieges so geschwächt worden, dass der Bolschewismus weniger auf Gegner als auf ein Vakuum stiess. Gewiss, auch Lenins Partei war Erbe einer westlichen, vom französischen Jakobinismus geprägten Tradition der revolutionären Diktatur. Nur ist die Schreckensherrschaft nicht das, was von der Französischen Revolution geblieben ist. Das Sowjetregime kannte keinen Thermidor; eben das macht es für Europäer so andersartig. Dass die nordamerikanische Revolution der französischen voranging, dass

Benjamin Franklin an der Ausarbeitung der französischen Erklärung der Menschenrechte teilhatte, schuf über den damals noch viel weiteren Ozean eine Verbindung, die nie mehr ganz abgerissen ist.

Der Abstossungseffekt, den die gewaltsame Aufpropfung des sowjetischen Systems auf Ost- und Mitteleuropäer hatte, wurde grossenteils durch Machtmittel blockiert, bleibt aber sichtbar. Der Exodus der Intellektuellen aus der französischen Kommunistischen Partei ist nur die Spiegelung dieses sowjetisch-europäischen Gegensatzes.

Jede Begegnung, in der Standpunkte miteinander konfrontiert werden, ist lehrreich. So war es auch die der «Bergedorfer» – doch was ist ein Gespräch, das in keinem Punkt den Horizont und die Meinung der Gesprächspartner verändert, das niemals eine nicht vorgesehene Wendung nimmt? Nur Gegenüberstellen von Thesen, die jeder von vornherein kannte. Es könnte freilich sein, dass manche Erfahrungen und Begegnungen am Rand eines solchen Gesprächs von anderer Qualität sind und die Reise lohnen.

Der Begriff «Wir Europäer» hilft nicht weiter, besonders wenn er aus jenem Teil des Kontinents kommt, in welchem seit 1945 militärische Mittel angewendet wurden. Das zwingt jedoch keineswegs zu einer engeren Definition Europas. Nicht nur die baltische, auch die russische, die ukrainische Kultur gehört zum vielberufenen «gemeinsamen Erbe». Grenzen zu ziehen ist in dieser Beziehung ganz uneuropäisch. Nur hat die Frage, welche Völker Europas enger zusammenwirken können, mit ihrer Literatur und Kunst nichts zu schaffen. In der politischen Geographie gibt es europäische Völker, die relativ frei über sich bestimmen können, und andere, denen es verwehrt wird – und wenn das durch «Miteuropäer» geschieht, ist es ein schwacher Trost. Daher verdient die Behauptung «Wir alle sind Europäer» nicht Widerspruch, wohl aber die Antwort, dass diese Gemeinsamkeit politisch wie weltanschaulich keinen Ausdruck findet, keine Konsequenzen hat.

*François Bondy*

## **Es ist beruhigend, vernünftig versichert zu sein**

**Bitte reden Sie mit uns.**

**winterthur  
versicherungen**

**Immer in Ihrer Nähe**